

# Welt Trends

Das außenpolitische Journal

## Kriege führen?

### **multipolar**

Europas Kriegsuntauglichkeit  
Apokalypse Kernwaffenkrieg  
Sicherheitspartnerschaften!  
Bundeswehr 2018

### **WeltBlick**

INF-Vertrag und Europa  
Krieg im Jemen  
Orthodoxie und Ukraine

### **Historie**

100 Jahre polnische Republik

### **Analyse**

Midterms in den USA

ISSN 0944-8101 | 4,80 €  
ISBN 978-3-945878-99-6



## Zur Kriegsuntauglichkeit Europas

Die Notwendigkeit gegenseitiger Angriffsunfähigkeit

Max Schmidt und Wolfgang Schwarz

Am 20. Juli 2018 unterzeichnete Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen die neue „Konzeption der Bundeswehr“, die dem wieder aufgebrochenen Antagonismus im Verhältnis zwischen der NATO und Russland dahingehend Rechnung trägt, dass militärische Landes- und Bündnisverteidigung ins Zentrum der weiteren Entwicklung und Ausstattung der Bundeswehr gerückt wird. Bis 2031 soll allein das Heer dafür drei kampffähige Divisionen à knapp 20.000 Mann bereitstellen – wieder in der klassischen Struktur aus der Zeit vor 1990. In jenem Jahr war in Ostberlin ein Sammelband von Bernhard Gonnermann und Alfred Mechttersheimer erschienen, *Verwundbarer Frieden: Zwang zu gemeinsamer Sicherheit für die Industriegesellschaften Europas*. Darin befassten sich Experten beider deutschen Staaten mit der Frage, was von Mitteleuropa übrig bliebe, wenn Landes- und Bündnisverteidigung in Gestalt raumgreifender Kriegführung, und sei es mit bloß konventionellen Waffen, stattfände – es würde kollabieren, das Resultat wären existenziell irreversibel geschädigte Gesellschaften. Ein Beitrag von Max Schmidt und Wolfgang Schwarz trug den Titel: „Die Kriegsuntauglichkeit Europas und die Notwendigkeit gegenseitiger Angriffsunfähigkeit von NATO und Warschauer Vertrag“. Daraus nachfolgende Auszüge.

**I**n Europa hat die äußerst rasche und sich weiter beschleunigende Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution sowohl im Bereich der zivilen Produktivkräfte als auch im Militärwesen [...] zu einem ebenso grundlegenden wie irreversiblen Umschwung im Hinblick auf die zu erwartenden Folgen und damit zwangsläufig auf die Führbarkeit eines erneuten raumgreifenden Krieges in den Dimensionen der vergangenen beiden Weltkriege geführt: Ein derartiger Krieg – und jeder militärische Zusammenstoß oder Konflikt, der dazu eskaliert – würde heute die Vernichtung der europäischen Zivilisation und in seiner Konsequenz mit hoher Wahrscheinlichkeit der Weltzivilisation nach sich ziehen. Krieg ist auf unserem Kontinent unter rationalen Gesichtspunkten nicht mehr führbar – weder konventionell, noch chemisch oder gar nuklear, weder als Angriffs- noch als Verteidigungskrieg! [...]

## Ungeschützte Stromversorgung

Dies manifestiert sich [...] in [...] grundlegenden objektiven Sachverhalten, die sich in den vergangenen Jahrzehnten herausgebildet haben und die heute die bestimmenden Rahmenbedingungen der Sicherheitslage auf unserem Kontinent bilden, nämlich [...] in der existenziellen Verwundbarkeit hochtechnisierter und sozial hochorganisierter Industriegesellschaften gegenüber militärischen Einwirkungen, die insgesamt bereits einen Grad erreicht hat, der die betreffenden Gesellschaften „kriegsuntauglich“ macht [...].

Diese Verwundbarkeit ergibt sich vor allem aus dem ökonomisch-technologischen Entwicklungsstand und dem erreichten Grad der gesellschaftlichen Organisation des Lebens in [...] Industriegesellschaften. [...] Der zentrale, entscheidende Punkt, um den es dabei geht, liegt darin, dass heute hochindustrialisierte Länder gesamtgesellschaftlich und existenziell von einer dauerhaften Versorgung mit Elektroenergie abhängig sind. Bereits bei einem mittel- oder gar längerfristigen Ausfall in dieser Hinsicht steht ihr Funktionieren bzw. Überleben auf dem Spiel.

Unter militärischen Gesichtspunkten sind diese Länder damit hochempfindliche Organismen. Zu denken ist hierbei in erster Linie an die gegen militärische Einwirkungen praktisch völlig ungeschützten zentralen Umspannstationen der nationalen Fernübertragungssysteme für Elektroenergie, von denen es selbst in den am höchsten industrialisierten Ländern nur relativ wenige und noch dazu für jeden Gegner ohne weiteres aufklärbare gibt. Schon ihre teilweise Ausschaltung, die in einem militärischen Konflikt gegebenenfalls bereits durch einen relativ begrenzten Einsatz konventioneller Kampfmittel zu bewerkstelligen wäre, würde z. B. in einem Land wie der DDR – aber auch in Staaten wie der BRD, Frankreich, der ČSSR und vielen anderen – nicht nur nahezu die gesamte Industrie und wichtige Bereiche der Landwirtschaft lahmlegen, sondern ebenso die Strom-, Trinkwasser- und Fernwärmeversorgung aller an entsprechende Netze angeschlossenen privaten Haushalte und gesellschaftlichen Einrichtungen, die nationalen Fernsprech- und sonstigen Nachrichtenverbindungen, soziale Einrichtungen wie das Gesundheitswesen, den gesamten Luft- und den größten Teil des Schienen- und Straßenverkehrs. Die Aufzählung der Bereiche lässt sich fortsetzen. Die Folge davon wären ein nationales Chaos und die vollständige Desorganisation der Gesellschaft, und solch ein sozialer Kollaps könnte binnen Stunden herbeigeführt werden.

## Hochrisikosysteme mit Katastrophenpotenzial

Hinzu kommt, dass im Verlaufe der wissenschaftlich-technischen Revolution bei den zivilen Produktivkräften qualitative Entwicklungssprünge eingetreten sind, die eine Reihe von Hochrisikotechnologien und -systemen mit sozialem und ökologischem Katastrophenpotenzial<sup>1</sup> hervorgerufen haben, die heute weit verbreitet sind bzw. deren Proliferation fortschreitet, oder die traditionellen, vor allem chemischen Herstellungsverfahren katastrophenträchtige Dimensionen verliehen haben. Im Spektrum der zivilen Produktion eines modernen Industriestaates existiert infolgedessen heute eine nicht zu unterschätzende Bandbreite von Bereichen, die, wenn sie außer Kontrolle geraten – was bereits im Frieden hin und wieder passiert, im Kriegsfall jedoch, und zwar dann nicht als Ausnahme, sondern als Regel, geradezu unvermeidlich wäre – irreversible soziale und ökologische Schäden herbeiführen können und zwar weit über die unmittelbar betroffenen Gebiete hinaus.

In diese Kategorie von Hochrisikotechnologien und -systemen mit Katastrophenpotenzial fallen heute vor allem die Kernenergieerzeugung und andere zivile Anwendungsverfahren radioaktiver Stoffe, die moderne chemische Großproduktion und qualitative Umwälzungen in der Baustoffherstellung und -anwendung, mehr und mehr aber auch gentechnische Laboratorien bzw. Anlagen u. a. m. So gab es bereits im Jahre 1986 auf dem europäischen Kontinent 220 zivile Kernreaktoren und eine erhebliche Anzahl weiterer kerntechnischer Anlagen, deren Sicherheitssysteme zwar für vielfältige technische Störfälle, aber in weit geringerem Maße für unmittelbare militärische Einwirkungen ausgelegt sind. Im Falle ihrer Zerstörung würden sie sich gewissermaßen in radiologische Waffen verwandeln, deren mittel- und langfristige Wirkungen wegen der Spezifik der in Reaktoren verwendeten Stoffe die Strahlungsfolgen von Kernwaffen bei weitem übertreffen würden. Die überwiegende Anzahl der Kernkraftwerke auf unserem Kontinent steht bekanntlich in Westeuropa. Zerstörungen dort würden, da zu 80 Prozent des Jahres in Europa Westwindlagen vorherrschen, mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer radioaktiven Kontaminierung nahezu des gesamten Kontinents führen. Wissenschaftliche Untersuchungen gehen davon aus, dass je zerstörtes Kernkraftwerk durchschnittlich 10.000

1 Siehe dazu die außerordentlich informative und instruktive Untersuchung: Perrow, Charles (1987): Normale Katastrophen. Die unvermeidbaren Risiken der Großtechnik. Campus, Frankfurt am Main/New York.



Spätes Wiedersehen - Max Schmidt (l.) mit Egon Bahr

Quadratkilometer unbewohnbar werden könnten.<sup>2</sup> Die britische Royal Commission on Environmental Pollution hatte dazu schon 1976 folgenden Vergleich angestellt: „Wenn die Kernkraft früher entwickelt und zur Zeit des letzten Krieges weitverbreitet in Anwendung gewesen wäre, wäre es wahrscheinlich, dass einige Gebiete Zentraleuropas wegen der Bodenverseuchung durch Caesium noch immer nicht [...] bewohnt werden könnten.“<sup>3</sup>

### Krieg – tödliches Risiko für Industriegesellschaften

Ganz ähnliche Einschätzungen sind auch im Hinblick auf die in Europa sehr weit gefächerte chemische Großindustrie zu treffen, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg in einem mit früheren Maßstäben nicht zu messenden quantitativen und qualitativen Umfang entwickelt hat, was den absoluten Produktionsausstoß und die Palette der hergestellten bzw. als Zwischenprodukte anfallenden Substanzen anbetrifft. Sehr viele dieser in die Zigtausende gehenden Stoffe sind mehr oder weniger giftig, kanzerogen, leichtentzündlich oder gar explosiv und stellen, wenn sie in die Umwelt geraten, eine akute oder latente, nicht selten tödliche Gefahr für das menschliche Leben wie auch für Pflanzen und Tiere dar. [...]

<sup>2</sup> Vgl.: Ramberg, Bennett (1980): Destruction of Nuclear Energy Facilities in War. D. C. Heath, Lexington, S. 47.

<sup>3</sup> Zit. nach: The British American Security Information Council (Hrsg.) (1987): NATO's Northag Concept: A Critique. Basic Report 005. Basic, London, S. 16.

Allein im westdeutschen Einzugsgebiet des Rheins werden derzeit jährlich drei Millionen Tonnen Chlorverbindungen, 1,3 Millionen Tonnen PVC, rund 500.000 Tonnen Methanol und 160.000 Tonnen Insektizide und Pestizide hergestellt. [...] All dies sind – ebenso wie die zentralen Umspannstationen der nationalen Fernübertragungsnetze für Elektroenergie – Freiluftanlagen, das heißt völlig ungeschützt gegen militärische Gewalteinwirkungen.

Die Entwicklung der modernen Produktivkräfte, insbesondere der Einsatz und die massenhafte Verbreitung von künstlichen Werkstoffen, von denen es die meisten zur Zeit des Zweiten Weltkrieges noch gar nicht gab, hat aber auch dazu geführt, dass heute selbst die Schadenswirkungen von Waffen, wie man sie seinerzeit einsetzte, von qualitativ völlig anderer Art wären, weil die ökologische Komponente dieser Schadenswirkungen, die früher praktisch irrelevant war, zu einer entscheidenden Größe geworden ist. Städte wie z. B. Dresden, Hamburg, Tokio, Hiroshima – im Zweiten Weltkrieg eingeäschert durch Feuerstürme infolge konventioneller Flächenbombardements bzw. infolge Kernwaffeneinsatzes – sowie Dutzende weiterer Städte, in denen Flächenbrände gewütet hatten, konnten nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufgebaut werden. Ein Feuersturm oder Flächenbrand heute – in einer Großstadt eines hochindustrialisierten Staates – würde das betreffende Territorium praktisch unbewohnbar machen, weil die Verbrennung der allein in der Bauindustrie verwendeten Plastikwerkstoffe immense Mengen hochtoxischer, langlebiger Gifte (unter anderem der von Seveso her bekannten Art von Dioxin) erzeugen würde. Diesem Umstand kommt umso größere Bedeutung zu, weil die Konzentration brennbaren Materials – eine Voraussetzung für das Entstehen von Feuerstürmen und Flächenbränden – in modernen Großstädten (allein durch das Vorhandensein großer Mengen von Treibstoff, festen, flüssigen und gasförmigen Heizmaterialien, Bitumen und Gummi) außerordentlich hoch ist. [...]

Darüber hinaus ist anhand der Erfahrungen von Tschernobyl und der großen Chemieunfälle der vergangenen Jahre [...] auch darauf zu verweisen, welch ungeheurer materieller und personeller Aufwand erforderlich ist, um solche Katastrophen einzudämmen, Schäden zu begrenzen bzw. zu beheben. Die nationalen Kapazitäten dafür sind (auch in großen, wirtschaftlich sehr leistungsfähigen Staaten) relativ begrenzt. Nach einem militärischen Konflikt wären daher nicht einmal ansatzweise jene Maßnahmen möglich wie im Fall der angesprochenen Katastrophen.

All diese Faktoren wären, was mögliche Schadenswirkungen in einem Krieg in Europa beträfe, von der Art und vom Ausmaß der angewendeten Kampfmittel und der räumlichen Ausdehnung der Kampfhandlungen abhängig, sind also nicht konkret quantifiziert vorausberechenbar. Völlig unzweifelhaft ist, dass sie im Kriegsfall nicht isoliert voneinander bzw. vereinzelt, sondern komplex, das heißt sich in ihrer Wirkung gegenseitig verstärkend, in Erscheinung treten würden. Das führt zu der Schlussfolgerung, dass aus Europa selbst in einem „bloß“ konventionellen Krieg eine atomar, chemisch [...] und anderweitig versuchte Wüste, dass ein in seinen Ausmaßen letztlich unvorstellbares ökologisches und soziales Desaster ausgelöst würde. Krieg ist damit in jeder Form zum tödlichen Risiko für die europäischen Staaten geworden [...].

Diese Gesellschaften sind nur noch unter Friedensbedingungen funktionsfähig. Raumgreifende militärische Konflikte sind für sie als soziale Organismen nicht mehr überlebbbar.

*Die originale Schreibweise wurde beibehalten.*

#### Nachbemerkung aus heutiger Sicht

Mit Blick auf die seinerzeit in Zentraleuropa dislozierten militärischen Kräfte der NATO und der Organisation des Warschauer Vertrages sowie auf die direkten und kollateralen Vernichtungswirkungen moderner Großwaffensysteme und in Anbetracht der in den Jahren zuvor identifizierten existenziellen Verwundbarkeiten der hiesigen Industriegesellschaften gegenüber raumgreifender, selbst bloß konventioneller Kriegführung<sup>4</sup>, hatten Begriffe wie Landesverteidigung oder Verteidigungsfähigkeit Ende der 1980er-Jahre ihren unangezweifelten Sinngehalt verloren. Sie waren zu inhaltsleeren Anachronismen geworden, die Sicherheitspolitiker wie auch Militärs beider Seiten kaum mehr im Munde führten, um sich nicht als hoffnungslos gestrig zu outen. Vorausgegangen waren intensive wissenschaftliche Untersuchungen und sicherheitspolitische Debatten auf beiden Seiten, nicht zuletzt in der BRD und in der DDR sowie zwischen ihnen. Bereits 1971 war die von Carl Friedrich von Weizsäcker herausgegebene umfassende Studie

4 Zugleich war damals eine (theoretisch denkbare) Überwindung dieser Verwundbarkeiten als außerhalb jeglicher technischer, wirtschaftlich-finanzieller und gesellschaftspolitischer Machbarkeit liegend bewertet worden.

„Kriegsfolgen und Kriegsverhütung“<sup>5</sup> im Hinblick auf atomare Kriegführung auf dem Gebiet der Bundesrepublik zu zwei grundlegenden Schlussfolgerungen gelangt: *Erstens* – „Die Bundesrepublik ist mit konventionellen Waffen nicht zu verteidigen.“<sup>6</sup>; *Zweitens* – „Der Einsatz nuklearer Waffen in der Absicht der Verteidigung der Bundesrepublik würde zur nuklearen Selbstvernichtung führen.“<sup>7</sup>

In der DDR gelangten anderthalb Jahrzehnte später Wissenschaftler diverser Fachrichtungen, Experten militärpolitischer Einrichtungen der NVA wie der Militärakademie Friedrich Engels, Dresden, sowie der Militärpolitischen Hochschule, Berlin, unter anderem im Rahmen des Wissenschaftlichen Rates für Friedensforschung bei der Akademie der Wissenschaften der DDR im Hinblick auf bloß konventionelle Kriegführung zu vergleichbaren Ergebnissen<sup>8</sup>, die auch in den eingangs erwähnten Sammelband *Verwundbarer Frieden* eingeflossen sind.

Mittlerweile sind drei Jahrzehnte vergangen. Die existenziellen Verwundbarkeiten unserer Gesellschaft haben sich in dieser Zeit allein durch die Digitalisierung ganzer Bereiche der Daseinsvorsorge wie etwa Energie- und Trinkwasserbereitstellung, Telekommunikation, Verkehr, Gesundheitswesen und öffentliche Sicherheit erhöht – und zwar eher exponentiell denn linear. Schon ein länger anhaltender Ausfall des Internets brächte heute ein Gemeinwesen wie das unsere in kurzer Zeit an den Rand eines Kollapses und allgemeiner Auflösung.

Gleichwohl sind hierzulande Begriffe wie „Bündnis- und Landesverteidigung“ sowie „Verteidigungsfähigkeit“ im offiziellen sicherheitspolitischen Sprachgebrauch wieder en vogue – gern gekoppelt mit dem unlängst noch kaum geläufigen (Mode-)Begriff „Resilienz“. So behauptet das aktuelle Bundeswehr-Weißbuch von 2016, ein Grundsatzdokument der Regierung: „Erfolgreiche Prävention [...] erfordert staatliche und gesamtgesellschaftliche Resilienz – und damit umfassende Verteidigungsfähigkeit.“<sup>9</sup> Resilienz nach allgemeinem Begriffsverständnis meint Widerstandskraft im Sinne der Fähigkeit einer Gesellschaft, externe Störungen ohne

5 Siehe Weizsäcker, Carl F. von (Hrsg.) (1971): *Kriegsfolgen und Kriegsverhütung*. Hanser, München.

6 Afheldt, Horst et al. (1972): *Durch Kriegsverhütung zum Krieg? Die politischen Aussagen der Weizsäcker-Studie „Kriegsfolgen und Kriegsverhütung“*. Hanser, München, S. 9.

7 Ebd.

8 Vgl. *Wege aus dem Wettrüsten* (Nationaler Friedenskongress der Wissenschaftler der DDR, 25.-26.11.1988). In: *Forschung für den Frieden 1/1989* (Dokumentation, Teil II), S. 3 ff.

9 Weißbuch 2016. Zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr. In: Bundesregierung.de, 2016; <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975292/736102/64781348c12e4a80948ab1bdf25cf057/weissweis-zur-sicherheitspolitik-2016-download-data.pdf?download=1>, S. 39.



anhaltende Beeinträchtigungen oder gar bleibende Schäden bewältigen zu können und soll im Zusammenhang mit Verteidigungsfähigkeit offenbar suggerieren, dass eine solche doch nur eine Frage der richtigen Vorbereitung auf den Fall des Falles ist. Nimmt man dies für bare Münze, müssten dafür entsprechende (sehr umfangreiche) Finanzmittel in die Hand genommen werden. Spielräume dürften sich mit der von der Bundesregierung anvisierten Erhöhung des Wehretats auf 1,5 Prozent des deutschen BIP bis 2024<sup>10</sup> durchaus ergeben.

Zwar sind bisher nirgendwo im Lande ernstzunehmende oder gar flächendeckende Versuche zu erkennen, die Herstellung von Resilienz tatsächlich zu versuchen, doch die Problematik als solche wird bisher auch von keiner Wissenschaft oder kritischen Öffentlichkeit infrage gestellt. Es ist hohe Zeit, diese Debatte zu führen. Frühere Erkenntnisstände dem Staub der Archive zu entreißen, könnte dabei außerordentlich hilfreich sein. 🌐

<sup>10</sup> Vgl. Riedel, Donata: Bundesregierung will Wehretat bis 2024 erhöhen. In: Handelsblatt, 8.6.2018; <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/verteidigungsausgaben-bundesregierung-will-wehretat-bis-2024-erhoehen/22665222.html?ticket=ST-4713394-dbgcoRDGMwFq5nNvwrkW-ap4>.

#### **Dr. sc. Wolfgang Schwarz**

geb. 1954, Politologe, 1990 seitens der DDR in die 2+4-Verhandlungen involviert; heute als Publizist zu außen- und sicherheitspolitischen Fragen tätig sowie V.i.S.d.P. des Online-Magazins „Das Blättchen“; Studiengruppe Entmilitarisierung der Sicherheit (SES)



#### **Prof. Dr. Max Schmidt**

geb. 1932, gest. 2018, Politologe, bis 1990 Direktor des Institutes für Internationale Politik und Wirtschaft der DDR (IPW), Berlin; Korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, in deren Rahmen er den Wissenschaftlichen Rat für Friedensforschung mitgründete und leitete; Vorstandsmitglied des Internationalen Institutes für den Frieden in Wien; ehemaliger Vizepräsident des Friedensrates der DDR. Unter Schmidts Leitung entwickelte das IPW in den 1980er-Jahren einen regen internationalen sicherheitspolitischen Dialog, unter anderem mit dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) unter seinem Gründungsdirektor Wolf Graf von Baudissin und nachfolgend Egon Bahr sowie zur Abteilung Außenpolitikforschung im Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Bonn.